

Bewusstsein und Verantwortung in Zeiten der Wahlen

Liebe Geschwister im Glauben,

nur noch wenige Tage trennen uns von den Kommunalwahlen in unserer Hauptstadt Berlin. Alle Augen richten sich auf diese Wahl, während ein intensiver Wahlkampf stattfindet, der auf immer größer werdende wirtschaftliche, soziale und bildungspolitische Herausforderungen trifft – ganz zu schweigen von den Spannungen und Kriegen, die wir derzeit in der Region erleben. All das hat dazu geführt, dass die Stimmen lauter werden und die Suche nach der besten Person für die kommende Phase immer intensiver geführt wird.

Auch wir als muslimische Gemeinschaft sind diesem Lärm nicht ferngeblieben. Im Gegenteil: In den vergangenen Monaten und Tagen standen wir mitten in politischen und medialen Diskussionen. Dabei sind Begriffe wie „Remigration“, „Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen“ und „Bekämpfung des Islamismus“ immer wieder aufgekommen.

Bei all diesem Lärm ist für mich letztlich unter anderem eines wichtig: unsere muslimische Minderheit, zu der auch wir gehören. Wie können wir einen positiven und wirksamen Beitrag leisten? Und wie können wir unseren Söhnen und Töchtern nach uns ein würdiges Leben ermöglichen, das auf der Achtung ihrer religiösen und persönlichen Identität, auf Glaubensfreiheit und auf einem Zusammenleben auf der Grundlage von Menschlichkeit und gesellschaftlicher Teilhabe beruht?

Deshalb möchte ich heute gemeinsam mit euch auf zwei grundlegende Themen eingehen:

Erstens: Politik, Religion und die Teilhabe am öffentlichen Leben.

Zweitens: der Wahlkampf und seine Natur sowie der Umgang mit den Vorwürfen und Behauptungen, die gegenüber Muslimen und Migranten erhoben werden.

Erster Punkt: Politik, Religion und die Teilhabe am öffentlichen Leben

Mancher fragt vielleicht: Gibt es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Religion und Politik?

Wisst – möge Allah euch segnen –, dass Gelehrte und Rechtsgelehrte über das Konzept der „schariatischen Politik“ gesprochen haben. Im Kern geht es dabei um die Sorge um die Angelegenheiten der Menschen, die Verwirklichung ihrer Interessen, die Abwehr von Schaden, die Herstellung von Gerechtigkeit und den Schutz von Rechten.

Sich mit den sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitsbezogenen Verhältnissen einer Gesellschaft zu beschäftigen, ist daher nichts Fremdes für die muslimische Kultur. Vielmehr ist ein Muslim dazu aufgefordert, für sich selbst, seine Familie und seine Gesellschaft von Nutzen zu sein, sich dafür zu interessieren, was um ihn herum geschieht, und sich nicht von der Realität und den Problemen der Menschen abzukapseln.

Unser Vorbild ist hierbei der Gesandte Allahs ﷺ. Er sprach über einen Bund, der bereits in der vorislamischen Zeit geschlossen worden war, um den Unterdrückten zu ihrem Recht zu verhelfen – den sogenannten „Bund der Tugendhaften“ (Hilf al-Fudul).

Er sagte: „Ich war in dem Haus von Abdullah ibn Dschud‘ān bei einem Bund anwesend, für den ich nicht einmal die wertvollsten roten Kamele eintauschen würde. Und wenn ich im Islam dazu aufgerufen würde, an einem solchen Bund teilzunehmen, würde ich darauf eingehen.“

Dieser Bund beruhte darauf, dem Unterdrückten beizustehen, Rechte zurückzugeben und Ungerechtigkeit zu verhindern. Der Prophet ﷺ brachte seine Anerkennung für diese gemeinsame moralische Grundlage zum Ausdruck – sogar nach Beginn seiner Gesandtschaft.



Bei manchen Muslimen gibt es vielleicht eine gewisse Scheu gegenüber dem Wort „Politik“. Das kann möglicherweise auf historische Erfahrungen oder schmerzhaft politische Erfahrungen in unseren Herkunftsländern zurückzuführen sein.

Doch Politik bedeutet in unserer heutigen Realität hier in Deutschland ganz einfach auch, dass wir die Veränderungen verfolgen, die unser Leben und das Leben unserer Kinder beeinflussen: in den Bereichen Bildung, Wohnen, Arbeit, Sicherheit, Freiheit und Menschenrechte.

Es bedeutet, dass wir wissen, was um uns herum geschieht, und dass wir daran mitwirken, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf Gerechtigkeit, Sicherheit und der Achtung des Rechts beruht.

Was die Teilnahme an Wahlen betrifft, so ist sie ein ziviles Mittel, das dem Menschen zur Verfügung steht, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und daran mitzuwirken, wer öffentliche Verantwortung übernimmt.

Aus islamrechtlicher Sicht gehört die Teilnahme an Wahlen in unserer heutigen Situation zu den erlaubten Mitteln, um Interessen zu verwirklichen und Schaden abzuwenden. Sie kann sogar empfehlenswert sein, wenn nach überwiegender Einschätzung davon auszugehen ist, dass die Teilnahme einen anerkannten Nutzen bringt oder einen größeren Schaden verhindert.

Und hier möchte ich auf einen äußerst wichtigen Punkt hinweisen:

Ja, ich als Imam rufe euch dazu auf, die Realität zu verstehen und euch aktiv an ihr zu beteiligen. Aber die Moschee und die islamischen Zentren sind kein Ort für Wahlwerbung von Parteien.

Vor einigen Tagen erhielt ich von einem Politiker die Anfrage, vor dem Freitagsgebet vor den Gläubigen über sein Wahlprogramm sprechen zu dürfen. Ich habe ihm höflich abgesagt und ihm gesagt:

Die Moschee ermutigt grundsätzlich zur politischen Beteiligung, aber sie kann keiner bestimmten politischen Richtung zugerechnet werden und darf nicht zu einem Schauplatz des parteipolitischen Wettbewerbs werden.



Diese Haltung richtet sich weder gegen eine bestimmte Partei noch gegen einen bestimmten Politiker. Sie dient vielmehr dazu, die Unabhängigkeit der Moschee zu bewahren und die unterschiedlichen politischen Entscheidungen der Menschen zu respektieren.

Wir wollen, dass die Moschee den Menschen beibringt, wie sie ihre Interessen erkennen und wie sie sich an ihrer Gesellschaft beteiligen können – und nicht, dass sie ihnen sagt: „Wählt diese oder jene Partei.“

Die Zusammenfassung dieses ersten Punktes lautet:

Wir sind Muslime, die in diesem Land leben. Viele von uns sind deutsche Staatsbürger, und wir sind Teil dieser Gesellschaft – wir sind keine vorübergehenden Gäste.

Wir müssen die Vorstellung überwinden, lediglich „fremde, vorübergehende Migranten“ zu sein. Wir müssen erkennen, dass wir am Aufbau dieser Gesellschaft beteiligt sind, dass die Zukunft unserer Kinder mit der Zukunft dieses Landes verbunden ist und dass wir eine Verantwortung dafür tragen, dieses Land zu verbessern und zu seiner Stabilität beizutragen.

Zweiter Punkt: Die Natur des Wahlkampfs und die Antwort auf die vorgebrachten Vorwürfe.

Obwohl ich die Bedeutung unserer Stimme und der Teilhabe am öffentlichen Leben betone, sage ich euch mit voller Überzeugung: Es gibt keinen Grund für Angst oder Panik.

Wahlen sind ihrer Natur nach eine Phase, in der die Stimmen lauter werden und der Wettbewerb intensiver wird. Die Parteien versuchen in dieser Zeit, die Wähler von ihren Programmen und Vorstellungen zu überzeugen.

Im Rahmen solcher Wahlkämpfe können bestimmte Themen – allen voran die Migration – zu einem zentralen Ansatz werden, um komplexe Probleme wie die Wohnungskrise, die Belastung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen oder den Arbeitskräftemangel zu erklären, obwohl diese Probleme in Wirklichkeit vielfältige Ursachen haben.

Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder intensive Debatten über Arbeitsmigranten und Geflüchtete erlebt. In verschiedenen Phasen gab es politische und mediale Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen von Migration auf Gesellschaft und Identität.

Mit der Zeit sind die Kinder dieser Einwanderung jedoch Teil der unterschiedlichsten Bereiche der deutschen Gesellschaft geworden. Unter ihnen finden sich Ärzte, Ingenieure, Akademiker, Politiker, Unternehmer und Handwerker.

Deshalb sollte ein Muslim nicht von Angst beherrscht werden. Er sollte aber auch nicht alles glauben, was er hört – genauso wenig sollte er automatisch alles ablehnen, was ihm gesagt wird.

Vielmehr sollten wir die Dinge mit Wissen, Vernunft und Gerechtigkeit abwägen. Damit wir uns von den vorgebrachten Behauptungen nicht täuschen lassen, wollen wir die wichtigsten davon kurz und sachlich betrachten:

Erster Vorwurf: „Muslime stellen den Koran über das Grundgesetz und das Gesetz.“

Die Antwort: Diese Aussage setzt voraus, dass zwischen der religiösen Bindung eines Muslims und seiner Verpflichtung gegenüber dem Gesetz grundsätzlich ein dauerhafter Widerspruch besteht. Diese Verallgemeinerung ist nicht richtig.

Der Koran ist für den Muslim ein Buch der Rechtleitung, der religiösen Vorschriften und der Werte. Gleichzeitig ist ein Muslim, der in einem Staat lebt, dessen Gesetze für ihn gelten, religiös dazu verpflichtet, Verträge und Vereinbarungen einzuhalten, die öffentliche Ordnung zu respektieren und die Gesetze einzuhalten, solange von ihm nicht verlangt wird, eine Sünde zu begehen. Eine solche Situation liegt hier jedoch nicht vor.

Die religiöse Bindung eines Muslims bedeutet also nicht zwangsläufig einen Widerspruch zum Grundgesetz und zu den geltenden Gesetzen. Grundsätzlich geht es um die Achtung der Rechtsordnung

und das Zusammenleben mit anderen – und zugleich um die Ausübung der Religion innerhalb der Rechte und Freiheiten, die das Gesetz gewährleistet.

Vielmehr gibt es zwischen zahlreichen Werten, die das Grundgesetz schützt – etwa der Menschenwürde, der Freiheit und der Gerechtigkeit – und den Zielen der islamischen Vorschriften große Bereiche der Übereinstimmung.

Zweiter Vorwurf: „Migranten sind eine Belastung für das Sozialsystem.“

Die Antwort: Zweifellos verursacht die Aufnahme eines neuen Menschen zunächst Kosten: für den Spracherwerb, Bildung, Wohnen, Versorgung und Integrationsmaßnahmen.

Aber die gerechte Frage lautet nicht: Wie viel erhält ein Migrant am Anfang?

Sondern: Was trägt er später bei?

Deutschland steht vor einem demografischen Wandel und einer alternden Bevölkerung und ist in wichtigen Bereichen seiner Wirtschaft in erheblichem Maße auf Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund und aus dem Ausland angewiesen.

Ein Migrant, der die Sprache lernt, in den Arbeitsmarkt eintritt und Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge zahlt, wird zu einem Beitragenden für die Gesellschaft und nicht lediglich zu einem Empfänger von Leistungen.

Deshalb kann man Migration nicht nur aus einer einzigen Perspektive betrachten. Man muss sowohl ihre Kosten als auch ihre Beiträge berücksichtigen und zwischen jemandem unterscheiden, der vorübergehend Unterstützung benötigt, und jemandem, der produktiv geworden ist und zur Gesellschaft beiträgt.

Dritter Vorwurf: „Migranten wollen sich nicht integrieren.“

Die Antwort: Integration ist keine Entscheidung, die über Nacht getroffen wird.



Integration braucht Sprache, Arbeit, Bildung, Kenntnisse über die Gesetze, den Umgang mit Behörden und Institutionen sowie den Aufbau von Beziehungen innerhalb der Gesellschaft.

Es ist ganz natürlich, dass ein Mensch, der aus einem anderen Land kommt, Zeit braucht, um sich mit einem neuen System vertraut zu machen, seine Sprache zu lernen und dessen Gewohnheiten und Gesetze zu verstehen.

Integration bedeutet jedoch nicht, dass ein Mensch seine Identität oder seine Religion auslöschen muss.

Integration bedeutet, dass ein Mensch die Sprache des Landes lernt, das Gesetz respektiert, arbeitet, sich bildet, sich an der Gesellschaft beteiligt und andere respektiert – und gleichzeitig seine Religion, seine Identität und seine Kultur innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewahrt.

Vierter Vorwurf: „Migranten führen zu höheren Kriminalitätsraten.“

Die Antwort: Hier müssen wir besonders gerecht und ausgewogen sein.

Ja, unter Migranten werden Straftaten begangen, genauso wie unter Menschen, die keine Migranten sind. Wir dürfen keine Straftat leugnen und keinen Täter aufgrund seiner Religion oder Herkunft verteidigen.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht die Straftat eines Einzelnen zum Urteil über Millionen von Menschen machen.

Die strafrechtliche Verantwortung ist individuell. Kriminalität lässt sich nicht allein durch ethnische Herkunft oder Religion erklären.

Vielmehr spielen zahlreiche soziale, wirtschaftliche, demografische, psychologische und sicherheitsbezogene Faktoren zusammen.

Deshalb sagen wir: Wer eine Straftat begeht, muss dafür zur Verantwortung gezogen werden – unabhängig von seiner Herkunft oder Religion. Wer sich an das Gesetz hält, darf dagegen nicht allein deshalb wie ein Straftäter behandelt werden, weil er einer bestimmten Religion oder Herkunft angehört.

Fünfter Vorwurf: „Migranten bedrohen die nationale Kultur.“

Liebe Geschwister,

starke Gesellschaften sind nicht diejenigen, in denen die Menschen voreinander Angst haben. Stark sind vielmehr die Gesellschaften, in denen unterschiedliche Menschen unter dem Schutz des Gesetzes miteinander leben können.

Große menschliche Werte wie der Respekt vor der Familie, harte Arbeit, die Unterstützung des Nachbarn, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, die Fürsorge für Schwache und der Respekt vor dem Menschen sind gemeinsame Werte, die uns mit vielen Menschen in dieser Gesellschaft verbinden. Gleichzeitig sind sie ein wesentlicher Bestandteil unserer Religion.

Wir müssen unsere Religion nicht aufgeben, um Teil dieser Gesellschaft zu sein. Und die Gesellschaft muss ihre Werte nicht aufgeben, damit Muslime in ihr leben können.

Was wir brauchen, ist ein gemeinsames Leben im Rahmen des Gesetzes, gegenseitiger Respekt, die Möglichkeit, dort unterschiedlicher Meinung zu sein, wo wir uns unterscheiden, und Zusammenarbeit dort, wo wir übereinstimmen.

Liebe Geschwister,

Die Wahlen werden vorbei sein. Die Wahlkämpfe werden vorbei sein. Die Slogans werden sich verändern.

Aber unsere Kinder werden hierbleiben.

Und unsere Gesellschaft wird hierbleiben.

Deshalb wollen wir keinen Muslim, der dauerhaft in Angst lebt. Wir wollen keinen Muslim, der sich von der Gesellschaft abkapselt. Und wir wollen auch keinen Muslim, der glaubt, dass die Beteiligung am öffentlichen Leben nichts mit seiner Religion zu tun habe.



Furkan Zentrum

BILDUNGS- & RELIGIÖSER KULTURVEREIN

Wir wollen einen bewussten Muslim, der seine Religion kennt, seine Rechte und Pflichten kennt, das Gesetz respektiert, seine Identität bewahrt, sich positiv einbringt und seiner Gesellschaft von Nutzen ist.

Das ist Verantwortung.

Das ist positive Bürgerschaft.

Und das ist der Muslim, zu dem wir unsere Söhne und Töchter erziehen wollen.

Freitagspredigt aus dem Furkan Zentrum Berlin

18.09.2026

Adresse

Glasower Straße 41, 12051 Berlin

Webseite

furkan-berlin.de

E-Mail

info@furkan-berlin.de

Telefon

01577 7770303